

Frau Voigt

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Frau Krutwage
Herr Siegeroth
Herr Radloff
Herr Heibrock
Herr Flachmann

Dezernat 5
Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
REGE mbH
Jobcenter Arbeit*plus* Bielefeld
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
Amt für Jugend und Familie -Jugendamt-
(Schriftführer)

Öffentliche Sitzung:

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfeausschusses fest. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung führt Vorsitzende Frau Weißenfeld Frau Gräber als neues Mitglied in ihr Amt ein und verliest die Verpflichtungsformel:
„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Die Verpflichtete bekundet ihr Einverständnis mit der Verpflichtungsformel durch Handschlag sowie durch das Unterzeichnen der Verpflichtungserklärung.

Zu Punkt 1 **Mitteilungen**

Frau Puffer verweist auf die verteilte Broschüre des Mädchentreff Bielefeld e.V. „just be you“.

Frau Stillger verweist auf den verteilten Flyer zu der Veranstaltung „Bielefelds bunter Tisch“.

Herr Adams verweist auf den verteilten Bielefelder Wegweiser für Eltern-Selbsthilfegruppen „Menschenskind“ des PARITÄTISCHEN.

Herr Schütz verweist auf die verteilten Flyer zur Aktion „Sandwiches gegen rechte Hetze“ und zum Jugendzentrum KAMP.

Frau Häckel verweist auf die verteilte Dokumentation der Fachveranstaltungen im Rahmen des Projektes „Gemeinsam neue Wege beschreiten“.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Anfragen**

Zu Punkt 2.1 **Kosten für die Unterbringung und Betreuung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen (Anfrage der CDU-Fraktion vom 28.01.2016)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2764/2014-2020

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist auf die schriftliche Beantwortung der Anfrage.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 **Weitere Anfragen**

Frau Brinkmann fragt nach der zugesagten Niederschrift von der letzten Sitzung am 27.01.2016.

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass aufgrund der hohen Arbeitsdichte die Niederschrift noch nicht vorgelegt werden konnte.

Frau Brinkmann bezieht sich auf einen Presseartikel, in dem Beigeordneter Herr Nürnberger hinsichtlich der Sprachförderung in Kitas angekündigt habe, dass für Flüchtlingskinder ohne Kenntnisse der deutschen Sprache anfangs eine 1:1-Betreuung ermöglicht werden soll. Sie fragt nach, wo diese Betreuung stattfindet und welche Kosten diese verursacht.

Beigeordneter Herr Nürnberger verneint, mündlich oder schriftlich eine 1:1-Betreuung zugesagt zu haben. Er verweist auf die nächste JHA-Sitzung, in der eine Beschlussvorlage mit Vorschlägen zur Intensivierung der Sprachförderung für Flüchtlingskinder in Kitas vorgelegt werde.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anträge**

Zu Punkt 3.1 **Abbau der Doppelstruktur des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention** **(Antrag der CDU-Fraktion vom 28.01.2016)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2765/2014-2020

Frau Brinkmann begründet den Antrag. Sie führt aus, dass sich das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention mittlerweile zum Amt entwickelt habe. Die Verwaltung müsse durch Straffung und Bündelung von Aufgaben effizient und kostengünstig arbeiten. Überschneidungen von Tätigkeitsbereichen seien zu vermeiden.

Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, dass in dem Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention Ressourcen aus den Fachämtern zusammengeführt wurden mit dem Ziel, Schnittstellen in der Planung zu verhindern. Keine dieser Aufgaben werde an anderer Stelle zusätzlich bearbeitet. Doppelstrukturen seien im Dezernat 5 nicht vorhanden.

Herr Bolte sieht die Forderung in dem Antrag, die Stellen künftig als KW zu setzen, nicht als zielführend an. Vielmehr sollte das Bestreben sein, zur Vermeidung von Doppelstrukturen die Stellen anderweitig zuzuordnen.

Frau Stillger und Herr Potschies sehen die aktuelle Arbeit des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention als hilfreich und unterstützend für die jeweiligen Themenfelder an. Doppelstrukturen seien aktuell nicht erkennbar.

Frau Brinkmann ändert den Antrag daraufhin wie folgt:

„Der Jugendhilfeausschuss appelliert an den Oberbürgermeister, aus finanziellen Gründen die Doppelstruktur des Büros für integrierte Sozialplanung und Prävention abzubauen und die Stellen nach Auflösung, wenn nötig, in das Sozialamt und das Jugendamt zurückzuführen“.

Frau Dr. Esdar bezieht sich auf die vorangegangene Diskussion, in der von der Verwaltung und den freien Trägern bestätigt wurde, dass die jetzige Organisation vorteilhaft ist und eine Umstrukturierung keine Einsparungen nach sich ziehen würde. Insofern halte sie den Antrag für überflüssig.

Herr Langeworth sieht in der jetzigen Organisationsform einen vermehrten Verwaltungsaufwand. Die Planung könne ebenso gut in den klassischen Ämtern durchgeführt werden. Durch Optimierung in der Verwaltung sieht die CDU-Fraktion Einspar- und Verbesserungspotential.

Vorsitzende Frau Weißenfeld verweist hinsichtlich der vorangegangenen Diskussion auf die Vereinbarung im Eckdatenbeschluss, wonach bei jeder Stelle, die aus Altersgründen frei wird, die Notwendigkeit einer Wiederbesetzung zu überprüfen ist.

Abschließend stellt Vorsitzende Frau Weißenfeld den umformulierten Antragstext zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss appelliert an den Oberbürgermeister, aus finanziellen Gründen die Doppelstruktur des Büros für integrierte Sozialplanung und Prävention abzubauen und die Stellen nach Auflösung, wenn nötig, in das Sozialamt und das Jugendamt zurückzuführen.

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 4

**Haushaltsplan 2016 für das Amt für Jugend und Familie
-Jugendamt- - 2.Lesung -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2566/2014-2020

Herr Langeworth ist der Meinung, dass die Auflösung der Intensivhorte

(Konsolidierungsmaßnahme lfd. Nr. 205) ein Fehler wäre. Sie seien nicht ohne Grund eingeführt worden und hätten sich bewährt. Er bezieht sich auf Seite 20 des GPA-Berichtes, wonach die drei Intensivhortgruppen die Lücke zwischen OGS und Tagesgruppe schließen.

Es handele sich nicht um eine nachhaltige Einsparung, da der Wegfall der Intensivhortgruppen erhöhte Aufwendungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung nach sich ziehen werde.

Anstelle einer Schließung dieser Gruppen sollte geprüft werden, ob das Dezernat 5 noch optimaler und effektiver aufgestellt werden könne.

Herr Bolte sieht es als erforderlich und richtig an, aufgrund des Spar-zwangs die Aufgaben zu überdenken. Insgesamt trägt er den Vorschlag der Verwaltung mit.

Frau Dr. Esdar bezieht sich auf die Konsolidierungsmaßnahme lfd. Nr. 201 „Stelleneinsparung durch Schließung des Familienbüros“. Die SPD-Fraktion trage die Einsparung zwar mit, jedoch sollte bis 2018 geprüft werden, ob eine kostenneutrale Optimierung der Ansprechbarkeit erreicht werden kann.

Für Herrn Schwarzer ist der Haushalt nicht zustimmungsfähig. Zu der HSK-Maßnahme „Schließung der Intensivhortgruppen“ schließt er sich den Ausführungen der CDU-Fraktion an. Er befürchtet Folgekosten im Bereich der Eingliederungshilfe und bei den Hilfen zur Erziehung. Es sei für ihn unvorstellbar, wie die OGS den Bedarf auffangen solle. Dem Prüfauftrag hinsichtlich des Familienbüros schließt er sich an.

Frau Brinkmann führt aus, dass die CDU-Fraktion den Haushalt aus vielfältigen Gründen ablehne. Beispielhaft nennt sie als Begründung einige Konsolidierungsmaßnahmen:

- Personaleinsparungen im Kita-Bereich
- U3-Kinder sollen in altersgemischten Gruppen betreut werden, damit der Betreuungsschlüssel reduziert werden kann
- Stelleneinsparung Amtsvormundschaften
- Stelleneinsparung durch Schließung des Familienbüros
- Stelleneinsparung durch Auflösung der Intensivhortgruppen

Hinsichtlich der Verlängerung der Leistungsverträge macht die CDU-Fraktion weiterhin den Vorschlag, einen neutralen externen Gutachter zu beauftragen, im Dialog mit den Trägern die Leistungsverträge bedarfsorientiert weiterzuentwickeln.

Zum Familienbüro schlägt Frau Brinkmann vor, das Frontoffice zu belassen und dafür eine Sozialarbeiterstelle einzusetzen.

Bezüglich des Vorschlags von Frau Brinkmann, einen Gutachter im Verfahren zur Verlängerung der Leistungsverträge einzusetzen, sehen Frau Dr. Esdar und Herr Onckels keinen Zusammenhang zu den jetzigen Haushaltsberatungen.

Frau Dr. Esdar stellt folgenden

Antrag:

Das Jugendamt wird gebeten zu prüfen, wie unter Beibehaltung der Stelleneinsparung eine Umstrukturierung im Familienbüro ermöglicht

werden kann, dass weiterhin gewährleistet wird, dass eine persönliche Beratung zur Verfügung steht. Im Rahmen dessen soll der Vorschlag des Trägers AWO Bezirksverband OWL aufgegriffen werden, dass eine Kooperation mit dem Projekt KiWiBi unter Einbeziehung Ehrenamtlicher denkbar ist.

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen-

Abschließend stellt Vorsitzende Frau Weißenfeld die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss fasst den

Beschluss:

Der Fachausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushaltsplan 2016 mit den Plandaten für die Jahre 2017 bis 2019 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen unter Einschluss der Veränderungsliste gem. Anlage 4** der

Produktgruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.67	JHA, UA Jugendhilfe, Mädchenbeirat, Bündnis f. Familie	24 €	70.726 €	70.702 €
11.05.07	Unterhaltungsvorschuss	4.208.044 €	6.380.059 €	2.172.015 €
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	66.765.418 €	142.374.327 €	75.608.909 €
11.06.02	Förderung von Familien	13.831.691 €	74.714.026 €	60.882.335 €
11.06.03	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	626 €	1.983.716 €	1.983.090 €
Summen		84.805.803 €	225.522.854 €	140.717.051 €

wird zugestimmt, sofern im Einzelfall keine abweichenden Beschlüsse gefasst werden.

Den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	110.000 €	337.184 €	227.184 €
11.06.02	Förderung von Familien	10.000 €	86.398 €	76.398 €
Summen		120.000 €	423.582 €	303.582 €

wird zugestimmt, sofern im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 für den Haushaltsplan 2016 wird zugestimmt.

4. Dem **Stellenplanentwurf 2016** für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- wird zugestimmt.

5. Den laufenden **Nrn. 191 – 205 der Konsolidierungsmaßnahmen 2016 – 2020** wird zugestimmt.

6. Der **Kürzung des Zuschusses an die REGE** im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen für Beteiligungen wird zugestimmt.

7. Den vier Konsolidierungsmaßnahmen für **Einzelprojekte im Rahmen der wirkungsorientierten Steuerung** wird zugestimmt.

- bei Stimmengleichheit abgelehnt -

-.-.-

Zu Punkt 5

Zielplanungsprozess 2015 im Dezernat 5-Soziales, hier: Zielmatrix-Berichterstattung zum 3. Tertial

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2724/2014-2020

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 6

Ziele und Maßnahmen für ein Soziales Bielefeld 2016

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2735/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die neue Struktur des Con-trollingsystems.

Aufgrund der Anmerkung von Herrn Rüsing, dass die Kosten nicht für alle Maßnahmen ausgewiesen sind, sagt Beigeordneter Herr Nürnberger zu, bis zur nächsten Berichterstattung erneut zu prüfen, ob bei bestimmten Maßnahmen die Kosten ergänzt werden können. Er betont jedoch, dass es sich bei diesem System nicht um ein Finanz-, sondern um ein Fachcontrolling handelt. Deshalb sei auch auf die Darstellung der Produktgruppen und Produkte verzichtet worden.

Frau Henke regt an, bei den dafür geeigneten Maßnahmen als Indikator eine Zielerreichungsquote auszuweisen. Exemplarisch macht sie dies deutlich an der Maßnahme „Brückenprojekte“ auf Seite 23 der Ziele und Maßnahmen. Hier wäre es hilfreich, den prozentualen Anteil der erreichten Kinder zu erfahren.

Herr Rüsing schlägt vor, in einer Kurzbeschreibung die einzelnen Maßnahmen zu erläutern.

Frau Stillger sieht in der neuen Struktur eine gute und ausbaufähige Form, um künftig die Inhalte detailliert darzustellen.

Frau Dr. Esdar verspricht sich von der neuen Form der Darstellung eine intensivere Darstellung der Inhalte und die Möglichkeit, die Maßnahmen im weiteren Verlauf zu betrachten und zu ergänzen.

Vorsitzende Frau Weißenfeld und Herr Potschies heben die bessere Lesbarkeit und die Möglichkeit, die Inhalte detaillierter darzustellen, positiv hervor.

Frau Stillger regt an, den Titel „Ziele und Maßnahmen für ein Soziales Bielefeld 2016“ noch einmal zu überdenken, denn diese Beschreibung suggeriere eine abschließende und vollzählige Auflistung der Maßnahmen.

Herr Langeworth schlägt vor, die Berichte künftig nur noch zweimal pro Jahr vorzulegen. Vorsitzende Frau Weißenfeld schließt sich diesem Vorschlag an und bittet die Verwaltung künftig um einen Abschlussbericht zum Vorjahr sowie um die Vorstellung der Ziele für das laufende Jahr.

Frau Stillger weist darauf hin, dass es sich bei den jeweils auf den Seiten 33 - 35 genannten Kosten von 70.000 € um die Gesamtkosten für alle drei Maßnahmen handelt.

Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt ausdrücklich die Maßnahme „Vertretungsregelung Tagespflege“ auf Seite 24.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Herr Epp kündigt für die nächste Sitzung u.a. folgende Themen an:

- Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2016/2017
- Sicherstellung einer zusätzlichen Sprachförderung geflüchteter Kinder in Kindertageseinrichtungen
- Projekt LernSommer
- Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe

-.-.-

Bielefeld, den 17.02.2016

Weißefeld
(Vorsitzende)

Flachmann
(Schriftführer)